

Der Gesellschafter.

Amis- und Anzeige-Blatt für den Oberamts-Bezirk Nagold.

88. Jahrgang.

№ 89

Donnerstag, den 17. April

1919.

Karsfreitag.

Das deutsche Volk steht mitten drin im Leiden, und allen Anzeichen nach ist das Ende seiner Leiden noch lange nicht abzusehen. Denn haben wir wohl mehr als sonst ein tiefes Verständnis für das Leiden Jesu Christi, das uns jetzt wieder vor die Seele gestellt wird.

Benehmen wir keine Sprache, die es zu uns redet? Ja sagen — das ist das erste, was es uns sagt. Ja müssen wir sagen zu der Not, die uns betroffen hat. Sehe andere Haltung, die wir annehmen wollten, bringt uns keinen Schritt vorwärts.

„Ja, Vater, ja von Herzensgrund, leg auf, ich will dir's tragen“ —

So hat sich auch Gerhardt Passionalist Seins zu seinem Leiden gestellt und das hat ihn stark gemacht, im äußersten Zusammenbruch aufrecht zu bleiben.

Darin eingeschlossen lag das andere, der unerklärliche Glaube an Gott, in dem die Wurzeln seines Lebens eingesenkt waren, durch die es Kraft und Nahrung fand. Dieser Glaube an Gott bedeutete für ihn Glauben an sich und seine menschliche untergehende Sache. Warum vermochte ihn auch die trübste Erfahrung nicht abzuhängen. Sollten wir uns in unserer Lage nicht zu solchem Glauben ausschwingen können? Nirgendes anderes legt unser Heil und unsere Rettung beschaffen als in unserer völligen Hingabe zu Gott, der auch für uns Quell alles Lebens und Kraft zu jeder Wiedererhebung ist. Wenn das deutsche Volk dazu nicht aufgerufen wird, dann ist alle Arbeit am Aufbau verlorene Mühe.

Deutsche Nationalversammlung.

Wilmars, 15. April. WTB. Auf der Tagesordnung stehen zunächst Anfragen. Auf die Beschwerde des Abg. Schiele (Dn.) wegen Verhaltung von Vorstandsmitgliedern der Dn. in Sachhausen durch die Franzosen erklärte als Vertreter der Wehrhilfskommission Dr. Haemmer, daß ein Teil der Verhafteten bereits wieder freigelassen worden sei. Auf die Frage des Abg. Frau Henke (Dn.) nach dem Schicksal der in Belgien inhaftierten deutschen Schwestern hielt der Vertreter der Dn. Dr. Haemmer fest, es sei annehmbar, daß diese jetzt heimlich in die Heimat abtransportiert seien. — Ragenstein (Soz.) macht Vorschläge zur Erhebung der Wohnungsnot und fordert Höchstpreise für Wohnungen. — Regierungskommissar Dr. Leos erklärt, Höchstpreise für Wohnungen seien unüberwindlich.

Es folgt die erste Lesung der Vorlage zur Festlegung des 1. Mai als nationalen Feiertage.

Nach der Regierungsvorlage soll der 1. Mai zum allgemeinen Nationalfeiertag erhoben werden. Hierzu beantragen die Abg. v. Payer (D.) und Müller-Breslau (S) den entscheidenden § 1 wie folgt zu fassen:

„Es wird ein allgemeiner Feiertag eingeführt, der dem Gedächtnis des Weltkrieges, des Völkervertrages und des internationalen Arbeiterschutzes geweiht ist und für den der Charakter eines Weltfeiertages erstrebt wird. Seine endgültige Festlegung erfolgt nach Friedensschluss und Verabschiedung der Verfassung. In diesem Sinne wird am 1. Mai gefeiert zugleich als eine Volkskundgebung für politischen und sozialen Fortschritt, für einen gerechten Frieden, für sofortige Befreiung der Kriegsgefangenen, für Abkündigung der besetzten Gebiete und für völlige Gleichberechtigung im Völkervertrage. Der 1. Mai 1919 gilt im Sinne der reichs- und landesgesetzlichen Vorschriften als allgemeiner Feiertag.“

Nach dem gleichen Antrag soll die Ueberschrift des Gesetzes heißen: Entwurf eines Gesetzes für einen allgemeinen Feiertag.

Die Unabhängigen beantragen, auch den 9. November zu einem allgemeinen Feiertag zu erheben.

Dr. David (S.): Wir fordern einen allgemeinen Feiertag, der den hohen Ideen des internationalen Arbeiterschutzes und des Weltfriedens geweiht sein soll. Die Revolution hat der deutschen Arbeiterschaft mit einem Schlag die Erfüllung der Forderung des Achtstundentages gebracht. Aber auch bei den anderen Völkern muß der gleiche Schritt auf der Bahn sozialpolitischer Richtung getan werden. Daher fordern wir die internationale Festlegung des Achtstundentages und der gesamten Arbeitschutzgesetzgebung auf der Friedenskonferenz. Pflicht der organisierten Arbeiter, auch in den Ländern der Entente, ist es jetzt, das in Deutschland Erreichte international zu sichern. Der 1. Mai, bisher ein Kampffesttag der proletarischen Arbeiterschaft, soll nunmehr ein allgemeiner Volksfeiertag werden. Die lebende Generation, die draußen oder in der Heimat diesen Krieg durchgelebt hat, will keinen Krieg mehr. Sie will aber auch, daß ihre Kinder und Kindeskinder vor ähnlichen Katastrophen bewahrt bleiben. Bei den regierenden Völkern herrscht auch die Meinung an der Arbeit. Gegen diesen Völkervertrag appellieren wir an die Arbeiter auch in den regierenden Ländern. Nur auf der Grundlage eines gerechten, auch für das deutsche Volk annehmbaren Friedens kann eine Gewähr für seine Dauer geschaffen werden. Das soll am 1. Mai als der einheitlichen Wille des ganzen deutschen Volkes allen Feinden eines dauernden Völkervertrages zum Bewußtsein gebracht werden. Wir nehmen den demokr.-sozialen Antrag an. Mühe der Tag sich gestalten zu einer mächtvollen Bekundung des Willens zum Frieden im Innern unserer Volksgemeinschaft und zum dauernden Frieden von Volk zu Volk. (Lch. Beifall bei den Soz.)

gemeinschaft und zum dauernden Frieden von Volk zu Volk. (Lch. Beifall bei den Soz.)

Dr. David (S.): Ich bitte dringend, davon abzusehen, den 1. Mai zum nationalen Feiertag zu erklären. (Nach links): Ich muß Sie dringend davor warnen, in diesem empfindlichen Punkt unserer Weltanschauung uns angreifen zu lassen. Es ist wichtig in höchstem Grade beizubehalten und es ist wichtig, wenn man in diesen Tagen einen Feiertag einführen will. Ein Streik folgt dem anderen. Millionen von Arbeitstagen werden vergeudet. Ist es da wirklich notwendig, in dieser Zeit dem ganzen Volke noch einen Feiertag aufzubringen. Nicht einen neuen Feiertag brauchen wir, sondern eher einen Trauertag. Die Absicht, den 9. November zu einem Feiertag zu machen, bedeutet im Zusammenhange mit dieser Vorlage eine Herausforderung an die ganze bürgerliche Gesellschaft. Mit dem Internationalismus haben wir die jetzt nur die besten Erfahrungen gemacht. Ich bitte Sie, überspannen Sie den Bogen nicht. Halten Sie Maß. Sie sind jetzt die Sieger. Sie können es nicht bleiben, wenn Sie nicht die Geschlossenheit des Volkes aufrecht erhalten. Wie lehnen den Antrag ab.

Dr. David (S.): Gewaltspolitik treiben nicht die Arbeiter, sondern die Bourgeoisie. Die Arbeiter in England, Frankreich und Italien sind mit uns für Völkervereinigung und Völkerverbrüderung und werden mit uns den 1. Mai feiern. Die Arbeiterklassen denken nicht daran, sich den 1. Mai verschreiben zu lassen. Der nächste Antrag ablehnen, der steht der Nationalversammlung und der Revolution verständnislos und feindselig gegenüber.

Reichsminister Dr. David: Der Vorschlag, den 9. November ebenfalls zum Feiertag zu erheben, erscheint verfehlt, während der 1. Mai eine aktuelle Frage ist. Der Antrag Payer-Müller hat den großen Vorzug, daß er den Charakter dieses Feiertages und die Idee, denen er geweiht ist, festlegen will. Es wäre ein seltsames Zusammenstoßen, wenn die äußerste Linke ihre Stimmen mit denen der Rechten vereint, um dieses Gesetz zu Fall zu bringen. Die großen Massen der Arbeiterschaft sollen darüber das gerechte Urteil fällen. Wenn der Abgeordnete Rißch die dringlich Denkenden in diesem Hause zur Ablehnung dieses Gesetzes auffordert, so ist mir nicht klar, inwiefern die Rechte und Fortbewerger des Christentums sich im Gegensatz befinden zu den Idealen, denen dieser Volksfeiertag geweiht sein soll. Als Sozialdemokratie ist niemals gegen öffentliche Feiertage Sturm gelaufen, sondern jederzeit energisch eingetreten für Sonntag- und Feiertagsruhe. Ich bitte Sie (zur Rechten), dieselbe Toleranz gegen Andersdenkende zu üben, die Andersdenkende Ihnen beweisen.

Dr. Niekeimann (S. D.): Wir betrachten dieses

Anna Wedekind.

Roman von Dr. Bruno Wagner.

(Manuskript verboten.)

12) Sie klopfte laut. Dann rief sie: „Herr von Schüttelboom, Ihr Bräutigam!“ Keine Antwort. Ob sie die Mutter herbeirief? Ach nein, sie wußte ja, daß die harte Erbschaft der Mutter krank und nervösen Menschen nicht schmeicheln würde. Aber ersehnen mußte etwas. Sie wollte die Tür ein klein wenig öffnen; vielleicht hörte der Leutnant sie dann. Doch was war das? Der Riegel war von innen vorgeschoben.

Eine namenlose Angst überkam das Mädchen, dem plötzlich das läche Grinsen des Gastes beim Empfange seines Briefes einfiel. Jetzt schlug sie mit der Faust gegen die Tür, und als sich im Zimmer noch immer nichts regte, rief sie sich kräftig gegen die Tür, der einfache Holzriegel, der sonst nie benutzt wurde, gab nach. Und nun stand Anna im Zimmer.

Ihr erster Blick fiel auf den Leutnant, der regungslos im hohen Lehnsessel saß, den man ihm vor den Schreibtisch gestellt hatte. Der Kopf hing ihm schlaff zur Seite — das Antlitz war völlig farblos wie das eines Toten. Im Ru war Anna Wedekind an seiner Seite, um den Besinnungslosen in eine bequemere Lage zu bringen. Er wachte keine, als sie seinen Kopf an die Lehne des Stuhles drückte. Als er lebte! Des Mädchens erster Gedanke war der gewesen, daß er sich selbst etwas angetan habe. Gott sei Dank, das war ein Irrtum.

Da fielen ihre Blicke auf die beiden Briefe auf dem Schreibtische. Der eine war offenbar der, den er im Gasten erhalten hatte. Der andere war von ihm selbst geschrieben — die Feder lag noch daneben. Und als müßte sie hier die Lösung des Rätsels finden, überflog sie die wenigen Zeilen, die da standen.

„Gedächtnis Herr Oberleutnant! Hierdurch werde ich geschonkt, das gewichtige Geübte mich zwingen, meinem Leben ein Ende zu machen. In dem Augenblicke, da diese Zeilen in Ihre Hände gelangen, habe ich auf-

Das Papier zerstückelt in des Mädchens ätternen Händen. Witten im Sage war dem Manne, der in den Tod gehen wollte, die Feder entfallen. Anna hätte auf die Knie sinken mögen, um Gott zu danken, der diese Ohnmacht gerandt hatte, die dem noch nicht Genesenden die Kraft genommen hatte, seinen unheiligen Entschluß auszuführen.

Aber was sollte nun werden? Sie mußte Hilfe herbeirufen. Aber das Geheimnis des Mannes, der da vor ihr lag, ohne zu ahnen, daß ein Unbekannter in seine geheimen Absichten eingedrungen war — das wollte sie wahren. Mit raschem Geiste nahm sie die beiden Briefe an sich und steckte sie in die Tasche. Dann eilte sie, um den Kandidaten zu holen, der gerade beim Vater im Studierzimmer war.

Als am Abend der Doktor seinen Wagen bestieg, um nach Hause zu fahren, da wußte Anna Wedekind, daß es sich um Tod und Leben für den Kranken handelte. Ein schweres Nervenfieber, dessen Ursache der Arzt nicht zu ergründen wußte, hatte den kaum vom Krankenlager Erhabenen auf neue daniehergeworfen. Als er durchkommen würde? Die Wahrscheinlichkeit war nicht gerade groß — aber vielleicht war nicht jede Möglichkeit ausgeschlossen. Es kam alles darauf an, wie weit die Kräfte des jungen Mannes reichten. Und Hauptfrage war, daß ihm, wenn das Fieber wich, jede seelische Erregung ferngehalten wurde.

Nun begann aufs neue die Zeit der Tag- und Nachtwachen am Krankenbette. Aber das eine hatte der alte Hausarzt gleich erklärt: es sei völlig ausgeschlossen, daß Fräulein Anna bei ihrer eigenen selten Körperbeschaffenheit nachts wache. Der Kranke würde vermutlich plattesteren, vielleicht sogar aufwachen versuchen. Es war schon am besten, wenn der Kandidat, der sich sofort dazu erboten hatte, die Nachtwachen übernahm.

Anna saß in ihrer kleinen Kammer, die sie gegenüber dem Schlafgemach der Eltern hatte. Die Lampe ergoß ihren hellen Schein durch das Stübchen — auf dem Schreibtische neben dem Nachttische lag das junge Mädchen und auf ihrem Schoße lagen die beiden Briefe. Darf sie

lesen, was nicht sie bestimmt wußte? Was vielleicht die Schande eines Menschen vor ihr enthüllen würde? Denn etwas sehr Schlimmes mußte es sein, was in dem Briefe stand, den der Postbote heute ins Haus gebracht hatte.

Und wenn sie es nun las? Vielleicht war es eine Bittschrift Gottes, die ihr diese beiden Briefe in die Hand gelegt hatte. Vielleicht sollte sie sie lesen, um zu helfen. Eine sonderbare feierliche Stimmung überkam sie. Wie oft hatte sie sich innerlich aufgelegt gegen die priesterliche Ordnung dieses Hauses, in dem Gebet des Tages Anfang und Ende war. Und jetzt fühlte sie sich ganz unwillkürlich ihre Hände über den Briefen auf ihrem Schoße, und mit leiser, aber doch vernünftiger Stimme sprach sie das alte Gebet des Vaters. Und nun mochte kommen, was da wollte, sie hatte es in Gottes Hand gelegt.

So entfaltete sie den Brief und las — langsam, Wort für Wort. Das also war es. Und deshalb konnte ein Mensch in den Tod gehen wollen? Nur weil er Geld schuldete, das er vermutlich zur rechten Zeit nicht bezahlen konnte? Das verstand sie nicht. Und das konnte es ja auch nicht sein — das allein nicht. Sie hatte wohl einmal von den strengen Vorkesseln der Offiziere gelesen; und die Mutter, die selbst aus einer adeligen Familie stammte und bis zu ihrer Verheiratung in einer Offiziersfamilie gewesen war, hatte ihr mit bitteren Worten von dem Hofmunde erzählt, der sich oft hinter dem lächelnden Worte verbarg: Gut verloren; nichts verloren; Leben verloren; viel verloren; Ehre verloren; alles verloren!

Dielt sie wirklich mit diesem Briefe die Ehre eines Menschen in den Händen? Es mußte wohl so sein. Und ganz gewiß hielt sie sein Leben. Denn wie sollte der junge Offizier genesen, so lange es wie ein Damoklesschwert über ihm hing — so lange der Ehrenschein in fremden Händen war.

Ein großes Entsetzen befiel sie. Gestern war der Brief abgegangen, das war der 17. September gewesen. Heute hatte man den 18., und übermorgen mußte die Schuld bezahlt sein. Da hatte sie keine Zeit zu verlieren.

(Fortsetzung folgt.)

Gesetz als eine Herausforderung des ganzen deutschen Bürgertums. Die Ausführungen des Abg. Hoase zeigen, daß der 1. Mai nichts anderes sein soll, als ein sozialdemokratischer Feiertag. Es entspricht nicht den Tatsachen, daß die breiten Volksmassen diesen Feiertag gefordert hätten. In den Reichstagspartien steht es wirklich drückend aus. Wir beharren, daß die Republik auch in diesem Fall eine Volksthat ist, die ihren Ausgangspunkt nimmt von der Rücksicht auf die Straße. Wir lehnen den Gesetzesentwurf ab und drängen namentlich auf Abstimmung, um vor dem ganzen Lande und der ganzen Geschichte festzustellen, wer aus den bürgerlichen Parteien dieser Gesetzgebungsperiode zustimmt.

Hilfsbrand (S): Eine Ablehnung der Vorlage würde den inneren Frieden nicht herbeiführen. Sie würde vielmehr ein Signal werden, den 1. Mai nun erst recht zu feiern. In diesem Jahre ist die Feier dem Reichstagen und der Befreiung unserer Kriegsgefangenen gewidmet. Es ist unverständlich, wie die Rechte sich dagegen wenden kann. — In der Abstimmung wird der Antrag der Unabhängigen gegen die Stimmen der Antragssteller abgelehnt. Der Antrag Bayer Müller wird mit dem Entzagen der beiden sozialistischen Fraktionen, einem Teil der Demokraten und einigen Zentrumsgenossen angenommen. In der dritten Beratung wird die Gesetzesvorlage in namentlicher Abstimmung mit 161 gegen 86 Stimmen bei 10 Stimmentzügen angenommen. — Darauf wird das Ermächtigungsgesetz in der Ausschussfassung angenommen.

Es folgt die zweite Lesung des Kalligesezes. Der Ausschuss hat die Regierungsvorlage mit der Änderung angenommen, daß spätestens bis zum 1. April 1920 eine Regelung der Materie durch ein besonderes Reichsgesetz erfolgen muß. Von den Unabhängigen liegt ein Antrag vor auf eine Einarbeitung des Kalligesezes in den Kallbergbau. Die Vorlage wird nach kurzer Debatte in zweiter und dritter Lesung gegen die Stimmen der Deutschnationalen und der Unabhängigen angenommen.

Hierauf verliest Ministerpräsident Schillingmann die Osterbotschaft des Reichspräsidenten Ebert, die mit lebhaftem Beifall aufgenommen wird. Das Haus geht hierauf in die Osterferien. Präsident Fehrenbach wird ermächtigt, Tag und Tagesordnung bekanntzugeben.

Eine Osterbotschaft des Reichspräsidenten.

Für Frieden und Arbeit.

Weimar, 15. April. W. B. Reichspräsident Ebert hat an die Nationalversammlung folgende Osterbotschaft geschrieben:

Die Nationalversammlung, als die berufene Vertreterin des deutschen Volkes hat am 10. April mit großer Einmütigkeit die Erwartung ausgesprochen, daß die Reichsregierung nur einem Frieden der Verständigung und Versöhnung zustimmt und jeden Vertrag ablehnt, der Gegenwart und Zukunft des deutschen Volkes und der Menschheit preisgibt. Ich begrüße diese Kundgebung als das Bekenntnis des unbeugsamen Willens des deutschen Volkes, daß der kommende Friede ein Friede dauernder Verständigung und Versöhnung der Völker sein soll und daß er somit auch Deutschland die Möglichkeit geben muß, diesen Grundföhr der Verständigung und Versöhnung dauernd zu beobachten. Der Wille des deutschen Volkes wird in die Reichsregierung maßgebend sein. Nationalversammlung und Reichsregierung arbeiten mit Hingabe und Energie an der Erfüllung ihrer hohen historischen Aufgabe. Friede, Brot und Arbeit und eine neue Staatsform für ein großes Volk zu schaffen. Die Aufgabe ist schwer zu erfüllen, so lange diejenigen, die es in der Hand haben, den Weltfrieden zu geben, sich noch von dem Gefühl des Völkerraches und der Rache beherrschen lassen und durch Hunger, Blockade und drohende Existenzvernichtung das deutsche Volk zur Verzweiflung treiben. Bereits vor 5 Monaten haben wir unter Annahme der Bedingungen unserer Gegner die Grundlagen für den Friedensschluß mit ihnen vereinbart. Wir haben die schweren Auflagen des Waffenstillstandes erfüllt, unser Heer aufgelöst, die feindlichen Kriegsgefangenen herausgegeben; aber immer noch wird uns der Frieden vorenthalten. Obwohl wir uns und wirtschaftlich am Ende, werden wir durch die Blockade immer noch gesperrt und unsere Gefangenen immer noch in Feindesland zurückgehalten. Das ist gleichbedeutend mit der Fortsetzung des Krieges, und eine Befreiung, wie sie wohl noch kein Volk zu bestehen hatte. Wir haben alles getan, um bei unseren Feinden den Friedensschluß zu erreichen, um unser Volk von dieser unerträglichen Qual zu befreien. Die Verantwortung für alle Folgen, die sich aus der Fortdauer des jetzigen Zustandes für unser Volk, das übrige Europa und letzten Endes für die ganze Welt ergeben müssen, fallen somit auf sie. Dies mögen sich unsere Gegner in größter Stunde vor Augen halten.

Friede, Arbeit und Brot und das neue Deutschland zu schaffen, ist aber auch unumgänglich, solange Teile unseres eigenen Volkes in einem Kampfe verharrten, der unser schwer darniederliegendes Staats- und Wirtschaftsleben vollends zu versinken droht. Wohl ist dieses gesündigt worden in vier schweren Kriegsjahren. Darum ist es unsere erste Pflicht zu verstehen, zu helfen und zu bessern. Aber der Drang der Waffe nach Menschlichkeit und Menschlichkeit soll keine Entlastung für eine Hand voll führender Unruhehitzer sein, die planmäßig den Ausbau der deutschen Republik zu stören trachten. Das neue Deutschland soll aufgebaut werden im Wege organisierter Ausgestaltung zum sozialen Volksstaat. Wirtschaftlichen und sozialen Interessen-

vertretungen soll dauernder Einfluß auf die Gestaltung des inneren Staatslebens eingeräumt werden. Besonders die Arbeiterfrage ist Gegenstand andauernder Prüfung der Regierung, aber das neue Deutschland kann nicht geschaffen werden durch einen radikalen Sprung ins Dunkle, der sicher ein Sprung in den Abgrund wäre. Die bolschewistische Diktatur der Minderheit des Proletariats würde den Industriestaat Deutschland sicher in wenigen Monaten ruinieren. Selbstverständlich muß berechtigten wirtschaftlichen Forderungen der Arbeiter, Angestellten und Beamten Rechnung getragen werden. Dafür wird sich die Regierung immer einsetzen; aber sinnlose politische Streiks legen das Schicksal der Arbeiter und ihrer Familien aufs Spiel und müssen zur Verelendung führen. Deshalb gebietet uns das Lebensinteresse unseres Volkes diesen Bestrebungen mit aller Kraft entgegenzutreten und gegen Gewalt einzelner terroristischer Elemente entschieden einzugreifen.

Schlüssiger Frieden nach außen, stehend auf der Grundlage der Verständigung und des Bundes der Völker ist für uns eine Lebensfrage. Aber nicht weniger beachtlich unsere Stellung vor dem Untergang auf der Notwendigkeit von Frieden und Arbeit im Innern. Darum werde ich mich in dieser ersten Stunde an unser deutsches Volk in allen seinen Schichten mit der dringenden Bitte: Laßt ab von der Selbstzerfleischung! Überwindet euch! Laßt die Augen auf vor dem Abgrund! Arbeit! Und Sie, die Abgeordneten unseres Volkes, bitte ich, wollen sie auch gehen während der Pause, die ich in Ihren Beratungen eintritt, wirken Sie überall für Frieden und Arbeit unseres Volkes. Unser neues Deutschland darf nicht zu Schanden werden!

Württembergische Landesversammlung.

Stuttgart, 15. April. Die Landesversammlung erledigte heute die erste Beratung des Wohnungsbau-Gesetzes, dessen Grundgedanke im allgemeinen bei sämtlichen Fraktionen Zustimmung fand, mit Ausnahme der Unabhängigen, deren Redner Engelhardt erklärte, der Entwurf gehe ihnen nicht weit genug. Der hauptsächlichste Einwand gegen den Entwurf, dem die Abg. Reck (SP) und Graf (Z) geltend machten, richtete sich gegen die Zwangsmaßnahmen gegenüber den Gemeinden bezüglich der Vermögensübernahme. Demgegenüber wies Minister des Innern Dr. Lindemann, der sich veranlaßt durch einen Zwischenruf des Abg. Graf, heute noch als Vertreter der Selbstverwaltung der Gemeinden beharrte, dabei aber betonte, daß die Selbstverwaltung nicht Selbstzweck sein dürfe, darauf hin, daß der Entwurf aus der Auffassung geboren sei, daß die Wohnungsfürsorge nicht alleinige Aufgabe der Gemeinden sondern auch des Staates sei, der aber, wenn er die Gemeinden zur Vermögensübernahme zwingen, gleichzeitig sich selbst zwingen, die andere Vermögensübernahme zu übernehmen und deshalb auch nur dann die Gemeinden zwingen werde, wenn kein Risiko zu erwarten ist. Ministerpräsident Dr. Reuschle erklärte mit, daß neben der Vermögensübernahme die Darlehensgewährung in Aussicht genommen sei durch Heranziehung der Gelder der großen Hypothekensicherung. Der Entwurf wurde an einen Ausschuss verwiesen. Sodann wurde der Entwurf auf Abänderung des Polizeirechts beraten; es handelte sich dabei um die Befestigung einer Strafbestimmung gegen Dienstboten, die ohne rechtmäßige Ursache den Dienst nicht antreten oder vor Ablauf verlassen, eine Bestimmung, die Justizminister Dr. v. Kleins als dem modernen Rechtsempfinden nicht mehr entsprechend bezeichnete und die wie der Abg. Walter (Z) betonte, sich hauptsächlich gegen Postgeldschwindler richtete. Die Vorlage fand Annahme gegen die Bürgerpartei, deren Redner Kapp für vom landwirtschaftlichen Standpunkt aus nicht zustimmen konnte. Ein Antrag Hausmann (Z), der ein Vorgehen der Reichsregierung und der sidd. Regierungen bezüglich der Einreise der württ. Kriegsteilnehmer in die Schweiz verlangte, wurde einstimmig genehmigt, nachdem die Abg. Frau Hiller (S), Linkenheil (SP), Warm (SP) und Graf (Z) wörtlich für ihn eingetreten waren. Morgen 9 Uhr wird mit der 2. Beratung des Verfassungsgesetzes begonnen.

Tagesneuigkeiten.

Der Umsturz in München.

Bamberg, 15. April. Die Lage in München hat sich im Laufe des gestrigen Tages verschärft. Die Straßenkämpfe greifen an sich und haben bereits unter der Zivilbevölkerung verschiedene Opfer an Toten und Verwundeten gefordert. Die Spartakisten rekrutieren sich aus Teilen der Garnison, jedoch angeworbenen roten Gardeisten. Erwerblos sind die unermittellichen Mittelstufen der Großstadt. Sie haben den Hauptbahnhof zu ihrer militärischen Zentrale gemacht. Sie daraus verdrängt republikanische Schutztruppe hat sich auf Verstärkungen zurückgezogen und teilweise aufgegeben, die den Hauptbahnhof unter Kontrolle hält. An verschiedenen Stellen der weitläufigen Bahnhofsanlagen sind Mörser, selbst beschriebene Bände ausgesprochen. Trotzdem ruht der Zugverkehr noch nicht gänzlich. Die gestrige Besetzung 3-Zug ist aber drohend für die Stadt. Die Spartakisten sind schwach besetzt gewesen. Die Spartakisten haben im Hauptbahnhof eine scharfe Kontrolle aus und lassen nur ortsnaheliegende und solche Personen, die eine Freigangheit nachweisen, in die Stadt. Die Regierungstruppen haben gegenüber den erregten Massen einen schweren Stand. Verstärkungen aus anderen bayerischen Garnisonen sind unterwegs, auch das Wehrkorps Opp dürfte bald in Aktion treten.

München, 15. April. München ist vollständig in der Gewalt der Spartakisten. Die meisten Zentralmitglieder sind verhaftet. Auf die Meldung, daß die Münchener Spartakisten einen Teil der roten Arme nach Augsburg senden wollten, um die Anerkennung der Räterepublik zu erzwingen, ist auf Befehl der Regierung in Augsburg der Eisenbahndirektor bei Wehring aufgerufen u. der Zugverkehr zwischen Augsburg und München vollständig eingestellt. Nach Wehring wurde Volkswehr kommandiert.

München, 15. April. Seit 1 Uhr mittags ist die direkte Telefonverbindung von Augsburg nach München wieder hergestellt. München befindet sich vollständig in der Gewalt der Kommunisten. Die Diktatur des Proletariats ist ausgerufen. Der Kampf um den Hauptbahnhof, der mit Kanonen, zahlreichen Maschinengewehren, Handgranaten und Mörsern ausgefochten wurde, dauerte etwa drei Stunden und kostete das Geopfer einer bayerischen Schlacht. Er forderte gegen 150 Tote und Verwundete und endete mit dem Siege der Kommunisten. Die Regierungstruppen wurden entlassen. Nach diesem Erfolg wurde das Schicksal der Stadt besiegelt. Von einer offenen Gegenbewegung ist nichts zu spüren. Die ganze Garnison steht jetzt im Dienste der neuorganisierten Herrschaft des Proletariats. Die Zahl der demokratischen Arbeiter ist außerordentlich groß, so daß die Kommunisten eine starke Macht hinter sich haben. In ganz München herrscht der Generalstreik. Alle Betriebe und Geschäfte sind geschlossen. Der Transportverkehr ruht. Die Züge werden nicht. Die beim Kampf im Hauptbahnhof auf den Gebäuden angerichteten Schäden sind in Betracht der Heftigkeit der Kämpfe nicht zu groß. Plünderungen sind bisher nur vereinzelt vorgekommen. Die Lebensmittelversorgung hat bisher keine Störung erlitten. Heute erschien ein Nachrichtenblatt des unregulierten Vollzugsbereichs der Betriebs- und Soldatenräte, das u. a. folgende Mitteilung enthält: „Mitteilung des Vollzugsrats der Betriebs- und Soldatenräte Münchens, den 15. April. Räterepublik Bayern. Die Betriebs- und Soldatenräte Münchens haben in ihrer Versammlung am 13. April beschlossen, den provisorischen revolutionären Zentralrat nicht mehr als bestehend anzuerkennen. Die ganze geltende u. vollziehende Gewalt der Räterepublik wird einem 15gliedrigen Aktionsausschuss übertragen. Org: der Vollzugsrat der Betriebs- und Soldatenräte.“

Zusammentritt des bayerischen Landtags.

Bamberg, 14. April. Wie wir erlachten, wird der bayerische Landtag in Bamberg in 2-3 Tagen zusammentreten. Neuartige Verhandlungen von Abgeordneten der Räterepublik in München mit der alten Regierung Hoffmann (Kriterien an dem Widerstand der letzteren. Der Ministerpräsident Hoffmann fordert bedingungslose Unterwerfung und sofortigen Rücktritt sämtlicher Persönlichkeiten, die die Räterepublik in München gebildet haben.

Die Lage der bayerischen Regierung.

Berlin. Die Lage der bayerischen Regierung ist, wie die Morgenblätter übereinstimmend sagen, nach wie vor als ernst.

Paul „Völkischer Zeitung“ reiste gestern Ministerpräsident Hoffmann mit dem Reichsminister für unbekanntem Ziel von Bamberg ab.

Wie das „Berliner Tageblatt“ mitteilt, befinden sich seit gestern in München große bayerische Truppenmassen mit Artillerie und Minenwerfern auf dem Wege nach der bayerischen Hauptstadt. Wann es dort zum entscheidenden Schlag kommen werde, sei noch nicht abzusehen. Es sei anzunehmen, daß die Regierung widerstand werde, als sie im Interesse von München über eine genügende und ausreichende Anzahl wichtiger Truppen verfüge.

Dem „Berliner Lokalanzeiger“ zufolge ist in München der Anarchist Barthelmeier aus Mader gefangen, und mit ihm die allerersten kommunistische Aktion. Von gestern Abend in Bamberg aus München eingetragenen Kisten wurde gleichzeitig mitgeteilt, daß es zu Plünderungen namentlich in bayerischen Räterepublik-gegenden gekommen sei. Ein Beispiel des unheimlichen Terrors, das die Anhänger des roten Kommunismus auf dem „Berliner Tageblatt“ zufolge, gestern Morgen auf dem Münchener Hauptbahnhof, wo ungefähr 300 Arbeiter und Arbeiterinnen mit einem Arbeiterzug nach Bamberg abfahren wollten. Gerade als der Zug abfahren sollte, besaß ein bewaffneter Mann: „Der Zug darf nicht abfahren.“ Alle Eingestiegenen mußten die Wagen wieder verlassen. „Wir wollen arbeiten“, hörte man, „wir wollen unsere Kinder nicht verhungern lassen.“

Wie das „Berliner Tageblatt“ berichtet, hat sich ein neues Aktionsauschuss in München unter Führung Seilers und Kjaerab gebildet.

Die deutsche Westgrenze.

Paris, 14. April. W. B. Dasas meldet: Der gänzlich Einbruch über die Richtung der Verhandlungen des Viererates bestätigt sich völlig. In den genannten Tagen sind folgende Mitteilungen bekannt geworden: Die Frage des Saarbeckens wurde so geregelt, daß die Bergwerke auf ewige Zeiten an Frankreich kommen. Deutschland wird für die Einwohner des Landes verantwortlich bleiben; Frankreich wird das Polizeiwesen ausüben. Die politische Souveränität des Landes unterliegt einem Direktorium, das vom Völkerrat ernannt wird und aus 5 Mitgliedern bestehen soll, und zwar aus einem Franzosen, einem Einwohner des Saarbeckens und 3 von dem Rat der Reichsgesetzgebenden Versammlungen. Die Einwohner des Saarbeckens verfügen über alle bürgerlichen Rechte, werden aber keine Abgeordneten in das deutsche



Bekanntmachung betr. die Auflegung der Wählerliste zur Gemeinderatswahl.

Die Wählerliste zu der bevorstehenden Gemeinderatswahl ist vom Samstag, den 19. ds. Mts. an zwei Wochen lang an dem Rathhause zur Einsicht aufgelegt.

Einsprüche gegen die Wählerliste, sei es wegen Unterlassung der Aufnahme eines Wahlberechtigten oder wegen Nichtberechtigung, sind während dieser Zeit bei dem Gemeinderat vorzubringen. (Wichtiges wird jedoch Aufgenommen in den nächsten Tagen eine Wählerpostkarte zugefleht.)

Die Versäumnis dieser Frist zieht für den in die Wählerliste nicht aufgenommenen den Verlust des Stimmrechts nach sich.

Das Recht der Teilnahme an den Wahlen zu den Gemeinderäten und das Stimmrecht in sonstigen Gemeindeangelegenheiten steht allen wahlberechtigten Staatsbürgern ohne Unterschied des Geschlechts zu, welche das 20. Lebensjahr vollendet und im Gemeindebezirk ihren Wohnsitz haben.

Später als die Wahl- oder Stimmberechtigten nicht im Besitze der bürgerlichen Ehrenrechte, nicht erachtlich, unter vorläufige Vormundschaft oder wegen geistiger Schwäche unter Pflegschaft gestellt, so ruht sein Wahl- oder Stimmrecht.

In den Gemeinderat können die nach vorstehenden Bestimmungen wahlberechtigten Personen gewählt werden, welche das 25. Lebensjahr vollendet haben.

Zur Einsicht der Wählerliste und Erhebung von Einsprüchen ist früher Wahlberechtigter beizugehen.

Nagold, den 18. April 1919.
Stadtschulth. Amt: Kaiser.

Bekanntmachung betr. Gemeinderatswahl u. Aufforderung zur Einreichung von Wahlvorschlägen.

Gemäß Beschlusses vom 15. März 1919 ist der Gemeinderat neu zu wählen. Nach Beschluß der Gemeindeglieder beträgt die Zahl der zu wählenden Mitglieder — 16. Die hierfür aufgestellte Gemeindegliederung vom 2. April ist am 14. ds. vom Bezirksrat für vollziehbar erklärt worden.

Die Wahl findet am Sonntag den 11. Mai ds. Jd. von vorm. 11 Uhr bis nachm. 6 Uhr mittels geheimer Abstimmung in 2 Abstimmungslokalen vor dem Wahlvorstand bzw. Distriktwahlvorstand statt. Wahlbezirk I umfaßt den Stadtteil aufwärts rechts der Calwer, Markt und Hailerbacherstraße, Wahllokal im Rathhaus, Sitzungssaal. Wahlbezirk II umfaßt den Stadtteil aufwärts links dieser Straßen, Wahllokal im Knabenstuhlhause, Erdgeschosse, links.

Wahlvorschläge sind bei dem Vorsitzenden des Wahlvorstandes schriftlich so zeitig einzureichen, daß zwischen dem Tag der Einreichung und dem Wahltag ein Zeitraum von mindestens zwölf vollen Tagen liegt. Die Einreichung muß am letzten Tage, an dem sie zulässig ist, spätestens bis abends 7 Uhr erfolgt sein, also am Montag, 28. April 1919, abends 7 Uhr.

Der Wahlvorschlag muß von mindestens viermal in die Wählerliste aufgenommenen Personen unterzeichnet sein.

Der Wahlvorschlag soll die Wahlervereinigung, von welcher er ausgeht, nach ihrer Zusammensetzung oder einem sonstigen unterscheidenden Merkmal kenntlich machen. Das gewählte Merkmal darf weder den strafrechtlichen Bestimmungen zuwiderlaufen, noch eine offensbare Verletzung der guten Sitten enthalten.

Der Vorschlag darf höchstens so viele Personen enthalten, als Mitglieder der Gemeindegliederung zu wählen sind.

Die vorgeschlagenen Bewerber sind nach Familien- und Rufnamen, Stand oder Beruf und Wohnort zu bezeichnen und in erkennbarer Reihenfolge anzuführen.

Jeder vorgeschlagene Bewerber ist eine Erklärung über seine Zustimmung zur Aufnahme in den Wahlvorschlag anzuschließen. Ein Bewerber darf sich nur einmal vorschlagen lassen.

Zwei oder mehr Vorschläge können in der Weise miteinander verbunden werden, daß sie den Wahlvorschlägen anderer Wahlervereinigungen gegenüber als ein einziger Wahlvorschlag angesehen und zu behandeln sind. In diesem Falle müssen die Unterzeichner der betreffenden Vorschläge oder die Vertreter der Wahlervereinigungen übereinstimmend spätestens sechs volle Tage vor dem Wahltag (also spätestens Samstag 3. Mai) die Erklärung abgeben, daß die Vorschläge miteinander verbunden sein sollen.

Jeder Wahlervereinigung, welche einen Wahlvorschlag einreicht, hat zugleich dem Vorsitzenden des Wahlvorstandes einen Vertreter und einen Stellvertreter derselben zu bezeichnen.

Der Vertreter ist berechtigt und verpflichtet, namens der Wahlervereinigung die zur Befestigung einzelner Annahmen erforderlichen Erklärungen rechtsverbindlich abzugeben.

Ein schriftsmäßiger Wahlvorschlag nicht eingekommen, so wird die Wahl nach den Bestimmungen des Art. 17 und ff. der Gemeindeordnung vorgenommen.

Welcheres f. Anschlag am Rathhaus.

Nagold, den 16. April 1919.

Der Wahlvorstand

Vorsitzender: Stadtschulth. Kaiser.

Hochzeits-Einladung.

Zur Feier unserer ehelichen Verbindung beehren wir uns, Verwandte, Freunde und Bekannte auf Montag den 21. April 1919

in das Gasthaus zum „Ochsen“ in Hailerbach freundlichst einzuladen.

Friedrich Single | Christine Buhl
Sohn des | Tochter des
Gottfried Single, | Baltas Buhl, Bauer
Schreiner, Hailerbach. | in Hailerbach.

Ausgang 11 Uhr.

Wir bitten, dies statt besonderer Einladung entgegenzunehmen.

Hochzeitseinladung.

Zur Feier unserer ehelichen Verbindung beehren wir uns, Verwandte, Freunde und Bekannte auf Ostermontag den 21. April 1919

in das Gasthaus zur „Krone“ in Nödingen freundlichst einzuladen.

Freih Hugel | Marie Harr Bwe.
Sohn des Chr. Hugel | Tochter des Johs. Ruoff,
Güterbeförderer | Milchhändler u. Postbote
in Hailerbach. | in Nödingen.

Ausgang 11 Uhr.

Wir bitten, dies statt besonderer Einladung entgegenzunehmen.

Hochzeitseinladung.

Wir beehren uns hiermit, Verwandte, Freunde und Bekannte zu unserer am Ostermontag den 21. April 1919

stattfindenden Hochzeitfeier in das Gasthaus zum „Hirsch“ in Eßringen freundlichst einzuladen.

Gottlieb Mübel | Marie Eisenbeis
Sohn des | Tochter des
Gottfried Mübel | Martin Eisenbeis,
Dorb. | Bäckermeister, Eßringen.

Ausgang 12 Uhr.

Jetzt ist es Zeit, das Blut zu reinigen.

Blutreinigungstee, Brusttee, Abführtee, Blasen- und Nierentee, Birkenblättertee gegen Rheumatismus, Frauentee bei Geschwüren, Frangulae-Blutreinigungstee, Hustentee, Lungentee, Rheumatismusstee nach Dr. H. Kneipp — empfehle

Geschwister Frey, Nagold.

Kleinnugholz-Verkauf.

Am Mittwoch den 25. April 1919 nachmittags 1 Uhr im Gasthaus „Loker“ in Simmersfeld aus Simmersfeld Buchen: Km. 1 Kugel (bestes).
Kadelholz: Km. 3 Spalter, 70 Kugel (zu Schindelholz geeignet).



Milchschweine.
Gottl. Schwan, Säger.

Reichsbund der Kriegsbeschädigten ehem. Kriegsteilnehmer u. Hinterbliebenen. Versammlung in Eßringen, Gasthaus zum „Pflug“, Samstag, 19. April abends 7/8 Uhr.

Vortrag
von Kamerad Schuster, Wildberg über Zweck und Ziele des Bundes.
Sämtliche Kriegsbeschädigten, ehem. Kriegsteilnehmer und Hinterbliebenen von Eßringen und Schönbronn sind herzlich eingeladen und um zahlreiches Erscheinen gebeten.

Bestellungen auf Briketts, Koks und Kohlen zur Lieferung pro 1919/20 nimmt bis 24. ds. Mts. entgegen Carl Rapp, Nagold.

Wildberg.
Reine u. Kundsch. bitte ich, den
Kohlen-Bedarf für 1919/20
sofort zu bestellen, da die Kundliste schon am 25. April dem Oberamt eingereicht ist.
G. Eberhardt.

Geschäfts-Empfehlung.

Mache hiermit die ergebene Anzeige, daß mein
Wirtschaftsbetrieb
wieder eröffnet ist
u. bitte um geneigtes Wohlwollen.
E. Seeger z. „Löwen.“
Nagold.
Jeden Donnerstag
Gesellschafts-
Abend
im „Löwen“
Anschauk
Münchener Bierbräu.
Mitgliedsabonnenten
werden noch angenommen.
Fr. Kurlenbauer.
Telefon 91.

Ein Paar neue Militärschuhe Größe 26 kann ich leiblich Knabenstuhlfrauen verkauft

Wer? sagt die Geschäfts-
stelle des Stalles.
altenst. Stadt.
Für den Langst. im
Gasthaus 3. Etage auf 2
Wochen im Preise von 20
Marken.

Klavierspieler

gegen gute Bezahlung ge-
sucht.
G. H. Off. bitte sofort an
G. Hammer,
Bism. Land.

braves Mädchen vom Lande

weiches schon gedient hat,
etwas kochen kann u. Haus-
arbeit übernimmt.
Zimmerrädchen vorhanden.
Frau Ammann
Dr. Benzinger, Bismarck
34jährige Alter 65.

la. Bodenöl Lucia-Bügel-Kohlen empfiehlt fr. Schittenhelm. Nagold.

Lüchtigen, selbständigen Möbelschreiner sucht sofort M. Wurster Langestr.

Junge, welcher Lust hat, das Stief- handwerk zu erlernen wird angenommen bei Karl Hafner, Bismarckstr., Wehrstr. 2.

Lüchtigen, selbständigen Mädchen

das sich jeglicher Hausarbeit
unterzieht und auch leichte
Gartenarbeit verrichtet, bei
hohem Lohn gesucht auf
1. Juli.
Frau Rechtsanwält
Dr. Knodel, Freudenstadt.
Nagold.
Jedes 14-15 Jährigen
Mädchen
wird gesucht.
Franz Louis Reutlinger
Waldplaner.